Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1925

21.7.1925 (No. 166)

Visual Library

№ 166 Dienstag, den 21. Juli 1925 168. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark ausschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite Priefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen.
Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Das neue Saarabkommen

von Ministerialrat Dr. Fecht, stellv. Bevollmächtigter Badens zum Reichsrat.

Der 10. Januar 1925 war für das Saargebiet ein kritischer Tag von besonderer Bedeutung. Mit diesem Tage hörten die in dem Vertrage von Versailles dem Saargebiet auf wirtschaftlichem Gebiet auf die Dauer von 5 Jahren zugestandenen Vergünstigungen, die in der Befreiung der deutschen Einfuhr in das Saargebiet von Gegenständen des örtlichen Verbrauches von Zollabgaben und der gleichen Befreiung der Ausfuhr von Erzeugnissen des Saargebiets nach dem übrigen Deutschland lagen, auf. Das Saargebiet war mit diesem Tage lückenlos dem französischen Zollsystem eingegliedert. Daß sich aus einer derartigen künstlichen Abschnürung des staatsrechtlich nach wie vor zum Deutschen Reiche gehörigen Saargebiets von der deutschen Wirtschaft schwere Schädigungen für das Wirtschaftsleben an der Saar ergeben mußten, war selbstverständlich. Die deutsche Regierung bemühte sich deshalb alsbald nach dem Eintritt der veränderten Verhältnisse, mit Frankreich auf dem Wege von Verhandlungen zu einer Regelung zu gelangen, die den berechtigten Interessen des Saargebietes Rechnung tragen könnte. Als Ergebnis der monatelangen Verhandlungen liegt nunmehr das am 11. Juli in Paris unterzeichnete **neue Saarabkommen** vor, dem die französischen gesetzgebenden Körperschaften und bereits am 15. Juli auch der Deutsche Reichsrat schon zugestimmt haben.

Das Abkommen gewährt in beträchtlichem Umfange deutschen Erzeugnissen, die in das Saargebiet eingeführt werden und umgekehrt Erzeugnissen des Saargebiets, die nach Deutschland ausgeführt werden, bemerkenswerte **Zollvergünstigungen im Rahmen bestimmter Kontingente.** Die in Betracht kommenden Waren sind in 2 Listen aufgenommen, in denen jeweils auch das zugelassene Kontingent der Ein- bezw. der Ausfuhr nach und aus dem Saargebiet angegeben ist.

Für die Einfuhr **nach dem Saargebiet ist Zollfreiheit** zugestanden für bestimmte Kontingente von Schweinen, Spanferkeln, Rübensamen, zusammengesetzten Heilmitteln, Alben, Spielzeug und Christbaumschmuck, mit bestimmten Ausnahmen. In zahlreichen Fällen ist der **Minimaltarif** gewährt, so besonders für eine Reihe von chemischen Erzeugnissen, Linoleum, Druckpapier, verschiedenen Holzpositionen usw. Alle diese Positionen hier aufzuführen, würde zu weit führen.

Das Deutsche Reich gewährt in einer sehr umfangreichen **Liste Zollfreiheit für eine Reihe wichtiger Ausfuhrartikel des Saargebiets,** so beispielweise für Pferde, Tabak, Leder, vor allem aber für **Roheisen und zahlreiche Erzeugnisse der Eisenindustrie.** Auch hier ist im Rahmen einer kurzen Orientierung in der Tagespresse eine Aufzählung der sämtlichen Positionen nicht möglich.

Das Abkommen enthält sodann eingehende Vorschriften über die **Verteilung** der vorgesehenen Ein- und Ausfuhrkontingente auf die beteiligten Wirtschaftskreise des Saargebiets. Diese Verteilung erfolgt unter der Leitung der Regierungskommission des Saargebiets, und es ist nach Möglichkeit Vorsorge getroffen, daß die Entscheidung nach Recht und Billigkeit erfolgt.

Weitere Bestimmungen des Abkommens regeln die **Kontrolle** der Kontingente.

Waren, die aus dem Saargebiet nach Deuschland ausgeführt werden, müssen be ihrem Eintritt in das deutsche Zollgebiet von einer **Kontingentsbescheinigung** begleitet sein, die von einem Delegierten des Reichswirtschaftsministeriums im Saargebiet ausgestellt wird. Zur Einfuhr deutscher Waren in das Saargebiet bedarf es einer von dem Zolldirektor in Saarbrücken ausgestellten Kontingentsbescheinigung. Eine gewisse Schwerfälligkeit des Verfahrens kann sich daraus ergeben, daß der deutsche Ursprung der Waren, für die Vergünstigungen auf Grund des Abkommens in Anspruch genommen werden, bewiesen werden muß.

Eine sehr wichtige Bestimmung sieht **Artikel V** des Abkommens vor, in dem sich die französische Regierung bereit erklärt, die Ausbesserung und Instandhaltung der im Saargebiet verwendeten deutschen Betriebsausrüstungen durch Gewährung bestimmter Zollerleichterungen zu begünstigen. Für eine Anzahl Maschinen, mechanische Vorrichtungen, Apparate und Werkzeuge nebst ihren Ersatzteilen deutschen Ursprungs und deutscher Herkunft, die in einer weiteren Liste aufgezählt sind, werden erhebliche Zollvergünstigungen, teilweise Zollfreiheit, der Minimaltarif oder Sätze unter dem Minimaltarif gewährt, sofern eine Reihe von Bedingungen eingehalten sind, die einen Mißbrauch dieser Vorschriften ausschließen sollen. Die Bedingung, daß Maschinen usw. nur eingeführt werden dürfen, wenn im voraus festgestellt ist, daß die Verwendung solcher Maschinen saarländischer oder französischer Fabrikation den guten Gang des Unternehmens oder die Sicherheit der Arbeiterschaft beeinträchtigen würde, kann zu erheblichen Schwierigkeiten in der Praxis führen.

Das gleiche gilt von der Bedingung, daß bei der Einfuhr von Werkzeugen im voraus nachgewiesen werden muß, daß gleiche Werkzeuge von der saarländischen oder französischen Industrie nicht geliefert werden können. Da es sich hierbei ausschließlich um eine Entscheidung über die Einfuhr nach dem französischen Zollgebiet handelt, mußte der französischen Zollverwaltung ein weitgehender Einfluß eingeräumt werden. Jedoch sind auch hier die nötigen Sicherungen vorgesehen, um die Saarwirtschaft gegen eine zu einseitige Stellungnahme lediglich vom zolltechnischen Standpunkt der französischen Verwaltung zu schützen.

Für den **kleinen Grenzverkehr** ist in dem jetzigen Abkommen ein Sonderabkommen vorbehalten.

In einem weiteren Artikel verpflichten sich Deutschland und Frankreich, die jetzt getroffene Sonderregelung für den Warenaustausch zwischen dem Saargebiet und Deutschland nicht durch die Anwendung von Gesetzen und Verordnungen namentlich auf dem Gebiete der Ein- und Ausfuhrverbote zu hindern.

Das Abkommen ist für die Dauer von 4 Monaten abgeschlossen und kann beiderseits mit einmonatiger Frist gekündigt werden.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden ist nach dem beigegebenen Schlußprotokoll, das einen wichtigen Bestandteil des Abkommens bildet, davon abängig, daß zuvor zwischen den eisenschaffenden Industrien Frankreichs und des Saargebiets eine Abmachung unter Bedingungen zustande gekommen ist, denen beide Regierungen ihre Zustimmung geben können. Diese Bestimmung beruht darauf, daß französischerseits es für unmöglich erklärt wurde, dem getrennten Abschluß des Saarabkommens zuzustimmen, wenn nicht wenigstens auf dem Eisengebiete ein gewisser Ausgleich für Elsaß-Lothringen gefunden werde. Französischerseits wurde dementsprechend die Bindung der jetzt geltenden Zölle, Freiheit von Ein- und Ausfuhrverboten und die Meistbegünstigung für die Lothringen interessierenden Eisenpositionen und daneben eine vorläufige privatwirtschaftliche Verständigung zwischen den Eisenindustrien des Saargebiets und Lothringens gefordert. Die Meistbegünstigung für Eisen konnte im Rahmen dieses Abkommens nicht eingeräumt werden, da damit dem endgültigen Handelsvertrag mit Frankreich vorgegriffen worden wäre. Wohl aber konnte dem Wunsche nach Bindung der Eisenzölle und der Aufrechterhaltung des seitherigen Zustandes der Einfuhrverbote entsprochen werden. Endlich erhielt die französische Regierung wahlweise das Recht, entweder die für das Saareisen vereinbarten Abmachungen außer Kraft zu setzen oder das Gesamtabkommen kurzfristig zu kündigen, falls Deutschland dritten Staaten für die Lothringen interessierenden Eisenpositionen Sondervorteile einräumt, und nicht in der Lage sein sollte, sie auch Frankreich einzuräumen. Diese Zugeständnisse waren unbedenklich, da für das Abkommen — wie schon bemerkt — nur eine 4 monatige Geltungsdauer vorgesehen ist.

Das Zustandekommen des Abkommens ist im Interesse des Saargebiets außerordentlich zu begrüßen und es gebührt den deutschen Unterhändlern der warme Dank der deutschen Wirtschaft, daß sie die schwierigen und langwierigen Verhandlungen mit großer Umsicht zu einem guten Ende geführt haben.

Deutsche Reparationssachlieferungen

In den letzten Wochen sind mit **Frankreich** und **Belgien** neue Sachlieferungsverträge über Reparationsablieferungen im Gesamtbetrage von etwas über 8,3 Millionen Reichsmark abgeschlossen worden. Davon hat Frankreich u. a. die Einrichtung für eine Fabrik im Werte von rund zwei Millionen, Holzlieferungen im Werte von rund 1½ Millionen und Werkzeugmaschinen im Werte von ¾ Millionen Reichsmark erhalten. Auf Belgien entfällt eine Bestellung für die Postverwaltung von rund 1,2 Millionen Reichsmark Telegraphenstangen. Die belgische Eisenbahnverwaltung hat einen Posten von verzinktem Eisendraht im Betrage von 655 000 Reichsmark in Auftrag gegeben und läßt ferner für mehrere 100 000 M. Reparaturen an Restitutions-Lokomotiven ausführen.

Die Überreichung der deutschen Note und das Echo

Der deutsche Botschafter von Hoesch hat am Montag nachmittag 5 Uhr dem Minister des Äußeren **Briand** die deutsche Antwortnote auf die französische Note vom 16. Juni betreffend den Vorschlag eines Sicherheitspaktes in deutscher und französischer Ausfertigung überreicht.

Im Verlaufe einer einstündigen Unterredung ist die Note im einzelnen besprochen worden. Es wurde beschlossen, ihren Text in der Morgenpresse vom Mittwoch zu veröffentlichen. Bis dahin soll über den Inhalt der deutschen Note noch nichts bekanntgegeben werden.

Zur gleichen Zeit wurde die deutsche Note auch von den deutschen Botschaftern in **London** und **Rom** überreicht.

Die französische Ansicht

Havas veröffentlicht folgende Auslassung: Die gestern Nachmittag durch den Botschafter von Hoesch an Außenminister Briand übermittelte deutsche Note ist ein fast ebenso langes Dokument wie das französische Memorandum vom 16. Juni, worauf die Note die Antwort erteilt. Es umfaßt sieben Schreibmaschinenseiten. Es ist in sehr vorsichtigen Wendungen abgefaßt und seine Beweisführung folgt im allgemeinen der Linie der französischen Note. Die **deutsche Note** bedeutet in **klarer Weise** den **Wunsch von Verhandlungen.** Das ist der erste Eindruck, den man auf französischer autorisierter Seite hat. Die deutsche Regierung äußert gewisse Vorbehalte, namentlich hinsichtlich der **Zulassung Deutschlands** zum **Völkerbunde** und die sich daraus für es auf Grund des Artikels 16 des Statuts ergebenden Verpflichtungen. Aber das sind gerade Punkte, die man erörtern muß und die zweifellos im Laufe der späteren Verhandlungen geklärt werden können. Auf alle Fälle liefert die Note der Reichsregierung **den Beweis,** daß der Wunsch besteht, zu einem **Ergebnis zu gelangen,** was in **Paris günstig aufgenommen** wurde. Reichsaußenminister Dr. Stresemann erklärt auch nicht, daß es besser wäre, eine Konferenz der Interalliierten Staaten einzuberufen, um die Erörterungen fortzusetzen. Es scheint übrigens nicht, daß dieses Verfahren sehr vorteilhaft bei dem augenblicklichen Stand des Problems wäre. Ein **Meinungsaustausch** zwischen den Regierungen scheint im Augenblick eher geeignet zu sein, eine gewisse **Klärung** über die Art und Ausdehnung der Verpflichtungen herbeizuführen, die diese eventuell bei Unterzeichnung des gegenwärtigen Sicherheitspaktes übernehmen müssen, namentlich was das Schiedsgerichtsverfahren im Falle eines Konfliktes anbetreffe. Übrigens will Außenminister **Briand** auf diese Weise die Verhandlungen fortsetzen. Er will den Alliierten Regierungen den Inhalt der deutschen Note mitteilen, die am Mittwoch veröffentlicht wird. Alsdann wird er aufs neue mit dem deutschen Botschafter verhandeln, wie er dies übrigens schon gestern Abend getan hat. Auch kann der französische Botschafter in Berlin sich direkt mit dem Außenminister Dr. Stresemann in Verbindung setzen. Auf diese Weise hofft man, daß die französische Antwort auf die deutsche Note in etwa 14 Tagen fertiggestellt sein kann.

Die Meinung der englischen Presse

„Westminster Gazette" schreibt in einem Leitartikel: Das wesentlichste Merkmal in der deutschen Antwort auf Briand's Note zur Sicherheitsfrage wird der Vorschlag einer baldigen Konferenz sein. Es verlautet, daß die Downing Street dieses Verfahren begünstigt, weil sie es als den zuverlässigsten Weg ansieht, um mit Deutschland zu einer Einigung zu gelangen. Jede **Gefahr** einer **französischen Sonderaktion gegenüber Deutschland** müsse beseitigt werden.

„Times" bemerkt dazu, daß die deutsche Antwort an Frankreich so verfaßt sei, daß sie die Fortsetzung der Verhandlungen mit Aussicht auf endgültige Vereinbarungen ermögliche. Es bestehe einige Hoffnung, daß die Verhandlungen genügend schnell fortschreiten werden, um die Frage des **Eintritts Deutschlands** in den **Völkerbund** vor die Septembersession der Völkerbundsversammlung in Genf zu bringen.

Zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund schreibt die „Daily News", daß sie ziemlich überrascht sei durch die Feststellung, welch' ernstes Hindernis Artikel 16 der Völkerbundssatzung weiterhin zu bedeuten scheine. Die Staatsmänner müßten eine Formel finden können, welche die **Einwende Deutschlands beseitige,** ohne den Wert des Artikels selbst zu beeinträchtigen. Wenn Chamberlain, Briand und Stresemann im August für einige Tage irgendwo zusammenkommen könnten, so würden sie vielleicht in der Lage sein, ein Stück Arbeit zu leisten, das ihnen die Welt auf ewig zum Schuldner machen würden.

*

Im **Unterhaus** erklärte Chamberlain in Erwiderung auf eine Anfrage, der künftige Gang der **Paktverhandlungen** hänge naturgemäß ab von dem Charakter der deutschen Antwort auf die französische Note vom 16. Juni. Auf weitere Fragen erklärte der Außenminister noch, die Dominions würden nach wie vor darüber auf dem Laufenden gehalten werden, ob ein Pakt unterzeichnet werde. Bevor die Dominions nicht Gelegenheit zur Stellungnahme erhielten, könne er nichts sagen. Selbstverständlich würde die britische Regierung für die Dominions ohne Zustimmung ihrer Regierungen keine Verpflichtungen eingehen.

Ein polnisches Torpedoboot explodiert. Das polnische Unterseeboot Kaschub ist in die Luft geflogen. Man vermutet, daß sich Öldämpfe entzündet haben, die dann die Ölbunker zur Explosion brachten. Das Schiff wurde in zwei Teile zerrissen und sank. Ein Maschinist und zwei Heizer werden vermißt; die übrige Besatzung wurde teils schwer, teils leicht verletzt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Politische Neuigkeiten

Die Räumung

Der Oberkommandierende des Brückenkopfes **Duisburg** teilt dem Regierungspräsidenten mit, daß am 20. Juli 12 Uhr nachts, die seit 11. Januar 1923 von den belgischen Truppen besetzten Gebiete geräumt sein werden. Die belgische Behörde höre von diesem Zeitpunkt an auf, die Kontrolle auszuüben.

Die Besatzungsbehörde in **Düsseldorf** hat das Gymnasium und das Lyzeum in der Lindemannstraße geräumt und der Stadtverwaltung übergeben. In der Lindemannstraße werden noch einige Büroräume bis zum 25. Juli von der Besatzung benutzt werden. Von diesem Zeitpunkt an steht das ganze Schulgebäude wieder der Stadtverwaltung zur Verfügung.

Die belgischen Besatzungstruppen sind von Sterkrade über Oberhausen nach Duisburg abgerückt. Die Besatzungstruppen des Landkreises Bochum sind am 18. Juli von Gladenbeck abgerückt.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen richtete anläßlich des Abmarsches der Besatzung folg. **Kundgebung an die Bevölkerung** von Westfalen: „Am 21. Juli ist **Westfalen frei.** Mehr als zweieinhalb Jahre lang hat der Druck der fremden Besatzung auf dem Ruhrgebiet gelastet. In dieser schweren Zeit hat die Bevölkerung und haben die Behörden mit ihren Beamten ein mustergültiges Verhalten an den Tag gelegt und Beweise der Liebe zur Heimat und zum deutschen Vaterland geliefert. Dafür gebührt ihnen wärmster Dank. Noch ist es nicht an der Zeit, der Befreiung von schwerer Last laut Ausdruck zu geben. Wir müssen eingedenk sein, daß noch Teile unserer Schwesterprovinz mit dem gleichen Anspruch ihrer Befreiung harren. Mir ist es jedoch ein Bedürfnis, dem geräumten Gebiet an seinem Befreiungstage ein herzliches Glückauf zuzurufen."

In **Bochum** kam es zu einem Auflauf vor dem Bahnhofshotel in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes. Der Hotelbesitzer hatte entgegen der Anordnung der Stadtverordneten, daß Bochum erst ab 12 Uhr besetzungsfrei sei, und die Bevölkerung Ruhe zu wahren habe, schon um 9 Uhr eine **schwarz-weiß-rote Fahne herausgehängt.** Vor dem Lokal sammelte sich eine große Volksmenge, meist aus jungen Leuten bestehend. Es kam zu **schweren Zusammenstößen.** Das Überfallkommando der Polizei griff ein und zerstreute die Menge mit blanker Waffe. Der Wirt wurde ersucht, die Fahne einzuziehen, um weiteres Unheil zu vermeiden.

*

„Times" berichtet, daß die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens und Italiens übereingekommen sind, die Städte **Düsseldorf, Duisburg** und **Ruhrort** alsbald im Anschluß an das Ruhrgebiet zu **räumen.**

Die Grundlagen für Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland

Die Londoner Blätter berichten aus **Paris** über den günstigen Eindruck, den die deutsche Antwort in der Paktfrage dort hervorgerufen hat.

Der Pariser Berichterstatter des „**Daily News**" erfährt, daß die Unterredung zwischen **Briand** und **Hoesch** sehr herzlich gewesen sei. Die deutsche Antwort bedeute anscheinend wirklich die Einleitung von Verhandlungen, die sofort zwischen Berlin und Paris aufgenommen würden. Briand sei der Ansicht, daß **alle noch vorhandenen Schwierigkeiten** innerhalb der nächsten zwei Wochen **überwunden** werden und daß die Hoffnung bestehe, daß Deutschland im September in den Völkerbund aufgenommen werden würde.

Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt, die deutsche Antwort werde als ein non possumus angesehen. Briand habe erklärt, sie könne als Grundlage zu Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland dienen. Die Verhandlungen würden zunächst **allein** zwischen Frankreich und Deutschland geführt werden. Frankreich werde jedoch seine **Alliierten zu Rate ziehen,** bevor es eine Antwort an Deutschland erteile. Unter diesen Umständen könne von einer internationalen Besprechung im eigentlichen Sinne nicht die Rede sein. Es bestehe die Möglichkeit, daß **Stresemann** im **September** nach **Genf** komme und dort mit **Briand** und **Chamberlain** zusammentreffe. Auf diese Weise könne eine unformelle Konferenz abgehalten werden; der Einberufung einer internationalen Konferenz widersetze sich Briand entschieden.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, in alliierten und assoziierten Kreisen werde Vertrauen darüber ausgedrückt, daß es zu einem Meinungsaustausch am Konferenztisch dank der Versöhnlichkeit der Deutschen kommen werde.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle" schreibt, auch am Foreign Office habe eine **optimistische Stimmung** bezüglich der Natur der deutschen Antwort geherrscht. Das Blatt betont, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nicht erfolgen könne, bevor nicht **Köln geräumt** worden ist. Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund hänge daher von seiner eigenen Initiative ab. Die Räumung des Ruhrgebiets durch die Franzosen habe Deutschland gezeigt, daß die Alliierten beabsichtigten, ihre Versprechungen bezüglich Kölns zu erfüllen.

Aus den Reichstags-Ausschüssen

Im **handelspolitischen Ausschuß** des Reichstages wurde die Beratung der **Industriepositionen der Zollvorlage** geschlossen und in die Generaldebatte über die **Agrarzölle** eingetreten. Abg. Schmidt (S.) und von Richthofen (Dntl.) berichteteten zunächst über die Verhandlungen des Enquete-Ausschusses, in dem die verschiedenen Sachverständigen ihre von einander abweichenden Meinungen über die Notwendigkeit von Agrarschutzzöllen geäußert haben. Der Reichsernährungsminister erklärte, im Augenblick sehe die Reichsregierung keinen Anlaß, in ihrer Vorlage etwas zu ändern. Er behalte sich aber weitere Erklärungen für die nächsten Tage vor.

Im **Steuerausschuß des Reichstages** wurde bei Behandlung der **Betriebsvermögen** gemäß einem Antrag des Abg. Dr. Mittelmann (D. Vp.) bestimmt, daß die zur Ausübung ihres Berufes vorhandenen Materialien, sowie die noch nicht veräußerten Kunstwerke usw. bei reinen **Künstlern** und **Wissenschaftlern** nicht als Betriebsvermögen zu besteuern sind. Weiter wurde ein Antrag des Abg. Dr. Gereke (Dntl.) angenommen, wonach bestimmt wird, daß **Werke der bildenden Kunst,** des **Schrifttums** und der **Tonkunst** nicht zum Vermögen im Sinne des Reichsbewertungsgesetzes gehören, sofern sie Eigentum des Urhebers selbst sind. Auf Antrag des Abg. Dr. Fischer-Köln (D.) wurde alsdann in § 47 des Reichsbewertungsgesetzes der Satz gestrichen, daß die Ehefrau den Ehemann vertreten darf.

Keine deutsche Auslandsanleihe. Zu der vom „Echo de Paris" gebrachten Äußerungen über eine geplante deutsche Anleihe wird den Blättern mitgeteilt, daß deutscherseits an **eine größere Auslandsanleihe** im Augenblick nicht gedacht **werde.**

Keine deutsche Beteiligung an der Weltausstellung Philadelphia

Der Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der Zentralverband des deutschen Großhandels und die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels beschlossen, von einer Beteiligung an der Weltausstellung in Philadelphia im Jahre 1926 abzusehen, da die Zeit für die Vorbereitungen viel zu kurz sei, und die deutsche Industrie in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage nicht die erforderlichen Mittel aufbringen könne, um sich an einer Internationalen Ausstellung zu beteiligen.

Zum Deutsch-polnischen Streitfall

Vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof zu Haag wurden die Verhandlungen über den polnischen Einwand der Unzuständigkeit des Gerichtshofes im deutsch-polnischen Streitfall fortgesetzt. Der 1. Vertreter Polens behauptete, der deutsche Vertreter habe in seinem Plädoyer auch Fragen rein politischer Art berührt. Der 2. polnische Vertreter Limburg betonte, daß die Unzuständigeit des Gerichtshofes sich bereits daraus ergebe, daß mit Rücksicht auf die noch schwebenden Verhandlungen vor dem gemischten deutsch-polnischen Schiedsgericht in Paris der Einwand der Rechtshängigkeit als gegeben anzusehen sei.

Painlevé über die Lage in Marokko

Nach Beendigung des Ministerrates unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik, der sich mit den laufenden Angelegenheiten beschäftigte, erklärte Painlevé über die Lage in Marokko: Marschall Petain führt gegenwärtig in Marokko eine Mission aus, deren Dauer von vornherein nicht bestimmt werden kann. Er wird solange dort bleiben, wie die Umstände es erfordern. Was die militärische Lage betrifft, so werden alle notwendigen Maßnahmen getroffen, um die **Front zu befestigen** und den evtl. entscheidenden Schlag zu führen, um den Frieden sicherzustellen. Die ersten Staffeln der Marokkodivision sind bereits eingetroffen. In der Gegend von **Taza** wird die Anwesenheit dieser Truppen den französischen Zivilisten ihre Sicherheit wiedergeben und die **Treue der schwankenden Stämme befestigen.** Offensivoperationen werden jedenfalls, falls sie überhaupt unternommen werden müssen erst dann beginnen, wenn alles dafür fertiggestellt ist. Jedenfalls werden die **Friedensverhandlungen fortgeführt,** denn Frankreich will ganz loyal vorgehen. Abd el Krim weiß bereits, daß ein spanischer und französischer offiziöser Abgesandter die Friedensbedingungen in Händen hat. Es genügt einstweilen, daß er schon den Wunsch hat, sie kennen zu lernen. (Diese Auslassungen zeigen ganz deutlich, wie schlecht die Lage der Franzosen in Marokko ist).

Erfolge der Linken bei den französischen Generalratswahlen

Havas zufolge stellt sich das **Gesamtergebnis** der **Generalratswahlen** wie folgt dar: Konservative 115 (plus 11, minus 17), Republikaner 236 (plus 23, minus 68), Linksrepublikaner 223 (plus 25, minus 60), Rechtsradikale 138 (plus 38, minus 27), Radikale (Herriot) 444 (plus 85, minus 27), sozialistische Republikaner (Painlevé) 49 (plus 11, minus 8), Sozialisten 91 (plus 24, minus 5), Kommunisten 2 (plus 1, minus 6). Anzahl der Stichwahlen 196. Zwei Ergebnisse stehen noch aus.

Die **Abendpresse** stellt fest, daß die Wahlbeteiligung eine gute gewesen sei. Von 247 Parlamentariern, die sich zur Wahl gestellt hatten, sind nur 8 geschlagen, 8 weitere haben ihr Mandat in der Stichwahl zu verteidigen.

Die Linksparteien haben 80 Sitze gewonnen. Davon entfallen auf die Radikalen und Radikal-Sozialisten 59, auf die Sozialisten 19. An dem Verlust der übrigen Parteien sind die Konservativen mit 6, die Liberalen mit 42, die Linksrepublikaner mit 28 und die Kommunisten mit 4 Sitzen beteiligt.

Kompromiß im englischen Unterhaus in der Kreuzerfrage

Die Londoner Abendblätter melden übereinstimmend, wegen der Frage der Kreuzerneubauten sei es im Kabinett zu einem Kompromiß gekommen, so daß die Gefahr einer Kabinettskrise als beseitigt gelten könne. Dem „Evening Standard" zufolge sollen in diesem Jahre statt der angeforderten fünf nur zwei oder drei Kreuzer auf Stapel gelegt werden. Die endgültige Entscheidung über das Bauprogramm sei auf nächstes Jahr aufgeschoben worden.

Die Ankunft der Newyorker Sänger in Hamburg. Aus Cuxhaven trafen die mit dem Dampfe „Cleveland" zu einer Fahrt durch Deutschland angekommenen Mitglieder des Newyorker Männergesangvereins „Beethoven" ein. Der Vorsitzende des Hamburger Vereins, der den Sangesbrüdern schon entgegengefahren war, hielt im Namen der Hamburger Regierung, der Stadt und des Lehrergesangvereins eine Begrüßungsansprache. Der Präsident des Newyorker Vereins Philipp Langes, sprach seinen herzlichsten Dank für den freundlichen Empfang in der alten Heimat aus. Die Sänger werden auf ihrer Reise Berlin, Leipzig, Eisenach, Nürnberg, München, Stuttgart, Heidelberg, Baden-Baden, Darmstadt, Mainz, Rüdesheim, Wiesbaden und Frankfurt a. M. besuchen wo am 8. August die Reise ihren Abschluß findet.

Kurze Nachrichten

Mißerfolg der polnischen Anleihe in Amerika. Wie der „Kölnischen Zeitung" aus Newyork berichtet wird, soll die polnische Anleihe in den Vereinigten Staaten nur zu 40 Proz. untergebracht worden sein.

Kredite für Handwerk und Gewerbe. Auf Grund von Verhandlungen, die im Reichswirtschaftsministerium mit den Beteiligten stattgefunden haben, werden dem besetzten Gebiete aus Postscheckgeldern 10 Millionen Reichsmark Kredite zur Neubelebung und Förderungen der handwerklichen und kleinindustriellen Produktionen sowie auch dem Einzelhandel zur Verfügung gestellt.

15 Todesopfer einer Hochwasserkatastrophe. Die Überschwemmung der Theiß und ihrer Nebenflüsse in Ungarn im Komitat Bekes hat am Montag zu einer schweren Katastrophe geführt, der 15 Personen zum Opfer gefallen sind.

Autokontrolle. Die französischen Besatzungsorgane haben in den letzten Tagen an den **Übergängen ins besetzte Gebiet** eine **scharfe Kontrolle** der ein- und ausfahrenden Kraftwagen und Motorräder vorgenommen. Dabei wurden zahlreiche Personen ermittelt, die weder im Besitze einer Steuerkarte, eines Führerscheines oder einer Zulassungsbescheinigung sich befanden. Die Auto- und Motorradfahrer mußten ihre Nachlässigkeit durch sofortige Erlegung einer beträchtlichen **Geldstrafe** büßen.

Schnellbahnprojekt Stuttgart-Tübingen. Die Handelskammer Reutlingen beschäftigte sich mit dem Schnellbahnprojekt Stuttgart—Filder—Reutlingen—Tübingen und faßte eine Entschließung, die in diesem großzügigen Verkehrsprojekt ein geeignetes Mittel der wirtschaftlichen Erschließung dieser Landstriche erblickt und seine Verwirklichung dringend befürwortet.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Haushaltsausschuß und Ministerium des Innern.

In der gestrigen Sitzung wurde die Beratung des 2. Nachtrages fortgesetzt. Zur Erledigung stand Landwirtschaft und Ernährung. Der „Bad. Beobachter" berichtet darüber:

Ein Landbundvertreter stellte einen Antrag, der **Landwirtschaftskammer** eine höhere Summe zuzuweisen, da die finanzielle Lage der Landwirtschaftskammer das erfordere. Dieser Antrag wurde zurückgezogen, nachdem festgestellt war, daß die entsprechende Summe, weitere 20 000 für jedes Jahr, im Nachtrag stehe.

Bei dem Posten für Förderung der **Rindvieh- und Pferdezucht** entspann sich eine längere Debatte über Eingang und Verwendung der Steuerergebnisse aus dem Totalisator und die aus diesen Steuern den badischen Rennvereinen zufließenden Beträge. Soz.-dem. Redner erklärten sich zunächst gegen eine Abgabe an die Rennvereine. Die Abstimmung wurde ausgesetzt. Sie soll bei der Beratung des Etats des Finanzministeriums und nach Vorlage schriftlicher Unterlagen, die das Zentrum verlangte, vorgenommen werden.

Der Staatszuschuß zum **Hagelversicherungsfonds** mit 105 000 Mark wurde genehmigt.

Im außerordentlichen Etat erscheint zunächst die Summe von 85 000 Mk. für Abzahlungen auf **Milch- und Viehfrankenschulden.** Die Summe soll aus den Einnahmen aus Taxen für Ausstellung von Ausweisen an Ausländer im kleinen Grenzverkehr genommen werden. Die Tilgung der Frankenschulden an die Schweiz, die durch die Vieheinfuhr während des Krieges entstanden waren, hat den Landtag wiederholt und in langen Verhandlungen beschäftigt. Auch heute entspann sich eine sehr rege und eingehende Debatte. Es hat s. Zt. das Reich verboten, während des Krieges Gelder in die Schweiz auszuführen. Durch die Entwertung des deutschen Geldes sind nun sowohl die Genossenschaften wie die privaten Viehhändler in große Schulden geraten. Nach langen Verhandlungen mit dem Reich, auf dessen Weisung ja die Schulden gemacht werden mußten, hat dieses sich zu Verhandlungen mit der Schweiz verstanden und damit auch seine Unterstützungspflicht anerkannt. Das Reich hat bereits Zahlungen geleistet, aber ein Rückgriffsrecht auf das Land festgelegt. Im Zentrum war man der Auffassung, daß die Landesregierung ihrerseits nach der Rechtslage und nach dem Wortlaut des Landtagsberichts vom Jahre 1922 ein Rückgriffsrecht habe je nach der finanziellen Lage der Schuldner, namentlich wenn nachgewiesen sei, daß sie die Einnahmen aus Viehverkäufen etwa nicht ausreichend auf den Banken deponiert hätten. Es solle aber nur ganz individuell und schonend ausgeübt werden; es sei bei der gespannten Finanzlage der Allgemeinheit gegenüber nicht zu verantworten, etwa eine Reihe von Jahren hindurch so hohe Summen wie 85 000 Mk., die sonst wohl auch gebraucht werden könnten, zu verausgaben, ohne um ihre Rückzahlung sich zu bemühen. Ein Antrag, das Rückgriffsrecht des Landes ausdrücklich anzuerkennen und festzulegen, fand aber nur 4 Stimmen des Zentrums.

Dann folgen Staatszuschüsse für **Tabakbau** an die Landw. Kammer mit 14 000 Mk., für Förderung des **Weinbaues** 320 000 Mk., für wissensch. Forschung über **Weinbehandlung** 24 000 Mk., für **Düngungsversuche** 5400 Mk., **Wasserversorgung** für Augustenberg (Landw. Schule) 6300 Mk., Staatsbeihilfen zu den Darleihungszinsen aus **Bürgschaften des Landes** für **landw. Organisationen** 225 000 Mk.

Ein Zentrumsredner schilderte die Notlage der **Winzer,** stellte aber auch die verfehlte und ungeschickte Haltung der Vertreter der Winzer bei Gelegenheit der Verhandlungen des spanischen Handelsvertrages im Reichstag fest.

Ein anderer Zentrumsredner bittet um **Stundung** der Heimzahlung der Staatskredite. Die Landwirte bemühten sich diese Darlehen schnellstens heimzuzahlen; sie wollen wieder unabhängig werden. Der Minister ist der Ansicht, daß er Zugeständnisse machen könne. Der außerordentliche Etat wird einstimmig genehmigt.

Früheres Arbeitsministerium. Der Landesfürsorgeverband soll 125 000 Mk. erhalten, da die Sozial- und Kleinrentnerfürsorge mit den früher schätzungsweise genehmigten Mitteln nicht ausreicht. Die Summe wird debattelos genehmigt.

Im außerordentlichen Etat erscheint eine **einmalige Zuschußunterstützung** an Sozial-, Klein- und Kriegsrentner im Betrage von 500 000 Mk. Ferner soll ein Landeswohlfahrtsfonds für Darlehen an Kriegs- und Kleinrentner, an leistungsschwache Fürsorgeverbände, an Altersheime zu Umbauten usw. gebildet werden. Diese Gelder fließen dem Lande aus **Reichsmitteln** zu. Von soz.-dem. Seite wird gewünscht, dem Fonds laufend Mittel zuzuwenden. Ein Zentrumsredner begrüßt diese Zuwendung vonseiten des Reichs. Er betont, daß sogar bei den heutigen niederen Löhnen die Arbeiter immer bereit sind, weitgehende persönliche Opfer zu leisten, wenn nur der Staat mit gutem Beispiel vorangeht. Ein Zentrumsredner erbittet eine alljährliche Aufstellung über die Verwendung der Gelder. Die Regierung berichtet, daß das Reich seine ganz bestimmten Richtlinien aufgestellt hat für den Zinsfuß und die Darlehensbedingungen.

Der Titel wird genehmigt. Bei dieser Gelegenheit wird die Klage eines Zentrumsabgeordneten, daß die **Badener** bei den **Fürsorgeämtern** nicht genügend berücksichtigt würden, dahin beantwortet, daß man sich bemühe, etwa freiwerdende Stellen mit Badenern zu besetzen. 82,4 Prozent Badener und nur 17,6 Prozent Nichtbadener seien z. Zt. dort angestellt. Die Statistik über die Abstammung der Beamten des Hauptversorgungsamtes vom Jahre 1923 weist jedoch eine starke Besetzung mit nichtbadischen Landeskindern auf.

Ein Zentrumsredner betont, daß **Landesrechte** bei der Besetzung der Versorgungsämter nicht beachtet sind. Im Jahre 1923 war nicht ein Drittel der Angestellten Badener. Welche oberen Beamtenstellen sind überhaupt beim Versorgungsamt durch Badener besetzt? Darüber möchte das Zentrum Aufschluß haben. Ein soz.-dem. Redner meint, das komme eben von der Militärkonvention her. Im Interesse der Versorgungsberechtigten sei allerdings diese militärische Besetzung nicht. Ein Zentrumsantrag über eine genaue Aufstellung der Stellenbesetzung in diesen Ämtern findet nur 7 Zentrumsstimmen, ist also abgelehnt.

Dann gibt der Berichterstatter Aufschluß über eine Eingabe bad. **Bankbeamten,** die verschiedene Klagen über Anstellungs- und Arbeitsverhältnisse vorbringen und darum bitten, daß der Landtag sich um ihre Notlage kümmern möge.

Die Regierung hat sich mit der Angelegenheit befaßt. Das Staatsministerium verkennt nicht eine gewisse Berechtigung dieser Klagen. Der Abbau erscheine im Verhältnis zu der Überarbeit allerdings zu scharf durchgeführt. Die Überarbeit bei Monatsabschlüssen sei nicht zu umgehen; weitergehende Überarbeit sei nicht zu rechtfertigen. Ein Zentrumsredner betont, der Abbau sei ohne Rücksicht vollzogen worden. Die Gehaltssätze der Bankbeamten seien außerordentlich niedrig und weitgehende Überstunden würden gefordert. Der Landtag solle sich mit der Lage der Bankbeamten beschäftigen; die Petition wird einstimmig der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Tagung des Landesverbandes für Kleinkinder- und Säuglingsfürsorge

In Baden-Baden fand die diesjährige Landesversammlung des Badischen Landesverbandes für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge statt. Der große Ausschuß des Badischen Landesverbandes beriet über die der Landesversammlung vorzulegenden Satzungsänderungen. Aus dem Referat des Stadtrechtsrates Dr. **Amman-Heidelberg** ging hervor, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die hygienische Aufsicht in Anstalten der Kinderfürsorge durchaus unbefriedigt wären.

Dagegen sprach Professor Dr. **Lust-Karlsruhe** über die hygienischen Anforderungen an die Anstalten der Kinderfürsorge. Er verwies auf den Mangel an wirklich geschulten Pflegerinnen (eine Pflegrin auf 58 Kinder), befürwortete die fortlaufende ärztliche Beobachtung des Personals in den Anstalten und verlangte schließlich Mitbestimmungsrecht der behandelnden Ärzte im Vorstande der Anstalt.

Die lebhafte Aussprache bewies die rege Anteilnahme der im großen Ausschuß vertretenen Verbände für die angeschnittenen Fragen, wobei der Hinweis des Rektors **Eckert** besonderen Anklang fand, daß der Keim vieler Krankheitsherde in dem herrschenden Wohnungsmangel zu suchen ist.

Gleich nach 11 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Oberregierungsrat Dr. **Hecht** die **Hauptsitzung** der Landesversammlung, die eine sehr zahlreiche Beteiligung aufwies. Er begrüßte die Vertreter der Landesregierung, der amtlichen Ärzteschaft, des Landes-Jugendamtes, der Lehrerschaft und der verschiedenen Verbände. Vom Staatspräsidenten Dr. **Hellpach**, wie auch vom Minister **Remmele** waren Schreiben eingelaufen, die ihr Fernbleiben entschuldigten und der Tagung einen guten Erfolg wünschten.

Der Geschäftsführer des Verbandes, Professor Dr. Lust-Karlsruhe, erstattete einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Badischen Landesverbandes für Säuglings- und Kinderfürsorge im Jahre 1924, und es gelang ihm, durch ein kritisch abwägendes Referat alle Teilnehmer der Versammlung in die augenblickliche Lage der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge einzuführen und die heute gestellten Aufgaben besonders herauszuarbeiten. Im Anschluß daran beschloß die Landesversammlung sich in einer Resolution an das Reichsarbeitsministerium zu wenden, um gegen die Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums bezgl. der Abschaffung von Stillgeldern (Reichswochenhilfe) energisch Stellung zu nehmen.

Der Kassenbericht, erstattet von Regierungsrat **Ott-Karlsruhe**, wurde genehmigt. — Es erfolgte ein außerordentlich anschaulich gehaltenes Referat des Professors Dr. **Moro-Heidelberg** über die Vitamine und ihre Bedeutung für die Kinderernährung. Prof. Dr. **Hecht-Mannheim** sprach über die Säuglingssterblichkeit in den ersten Lebenswochen. Dieses Referat enthielt eine erschütternde Ergänzung zu einigen graphischen Tafeln, die beweisen, daß die **Säuglingssterblichkeit** in Deutschland die in Skandinavien, England, ja selbst in Frankreich bei weitem überflügelt hat. Allerdings steht das Land Baden im Durchschnitt viel günstiger, als das Reich da. Zum Schlusse sprach Fräulein Lampert-Stuttgart über die Notwendigkeit und praktische Bedeutung von Mittelschulen.

Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden von der Hauptversammlung angenommen.

Automobilunfälle in Baden im 1. Vierteljahr

Die Zahl der im I. Vierteljahr 1925 vorgekommenen Unfälle beim Verkehr mit Kraftfahrzeugen, die zur amtlichen Kenntnis gelangt sind, beträgt nach einer vorläufigen Zusammenstellung des Statistischen Landesamts 120 und zwar ereigneten sich im Januar 43, Februar 45 und März 32 Unfälle.

An Unfällen waren 16 Krafträder und 122 Kraftwagen beteiligt; von letzteren dienten 89 der Personen- und 33 der Lastenbeförderung. 2 Personenkraftwagen hatten ihren Standort im Ausland, 135 Fahrzeuge im Inland und bei 1 Kraftrad war derselbe unbekannt.

In 36 Fällen wurden **Personen** verletzt, in 57 Fällen war Sachschaden die Folge des Unfalls und in 27 Fällen handelte es sich um Personenverletzung und Sachschaden. 137 Besitzer konnten ermittelt werden, einer nicht, weil er sich der Feststellung durch Flucht entzogen hat. Verletzt wurden 27 Insassen (einschl. Führer) und 46 dritte, insgesamt also 73 Personen, getötet wurden 1 Führer und 1 dritte Person.

Die geschätzte **Gesamtschadensumme** betrug 42 301 RM. Die Art der schädigenden Ereignisse war eine sehr verschiedene; 90 mal waren Zusammenstöße mit Personen, Fahrzeuge, Tieren usw. schuld, in 15 Fällen fuhren die verunglückten Fahrzeuge gegen Schranken, Bäume, Laternen usw. an, 1 mal war Scheuen von Pferden die Ursache, 7 mal handelte es sich um einen Sturz des Fahrzeugs und 7 mal führten andere Umstände das Unglück herbei. Drei Viertel der Unfälle (89 oder 75 %) passierten auf Straßen oder Plätzen in größeren Städten, mithin an den Zentralen des Verkehrs, die übrigen verteilen sich mit 19 (16 %) auf Landstraßen, Chausseen und mit 12 (9 %) auf Dorfstraßen.

In 21 Fällen wurde gegen den Führer des Kraftfahrzeuges eine Polizeistrafe festgesetzt, in 1 Fall gegen den Führer eines anderen Fuhrwerks; gerichtliches Strafverfahren wurde in 17 Fällen gegen den Führer des Kraftfahrzeuges eingeleitet.

6. badischer Mietertag

DZ. **Freiburg i. Br.**, 19. Juli. Zu dem hier abgehaltenen 6. badischen Mietertag waren von den auswärtigen Vertretern außer dem Landesvorsitzenden **Kamm-Mannheim** die Mietervertreter der badischen Städte, Bundesvorstand **Siedler-Dresden**, der Vertreter des hessischen Landesverbandes Reich, der Vorsitzende des württembergischen Landesverbandes und der Vertreter des Mietervereins Basel anwesend.

Die auswärtigen Vertreter sprachen sich in ihren Ausführungen gegen die weitverbreitete Ansicht aus, daß durch **Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft der Wohnungsnot** gesteuert werden könne und insbesondere auch gegen die Art der von der Reichsregierung angestrebten Regelung der Wohnungsnot und hoben hervor, daß mit allen Mitteln erstrebt werden müsse, den Wohnungsbau zu fördern. Der Landesvorsitzende **Kamm** führte hierauf noch aus, der Mieterverein treibe eine Politik, die im Interesse des ganzen deutschen Volkes liege, und es sei Pflicht eines jeden deutschen Staatsbürgers dafür zu sorgen, daß der Artikel 155 der Reichsverfassung endlich zur lebendigen Wirklichkeit werde.

Es folgte ein Referat des Architekten **Betz-Karlsruhe** über das Thema **„Wohnungsneubau in Baden"**. Er führte aus, daß es Aufgabe der Mietervereine sei, auf die Schaffung des Wohnungsbaues auf gemeinnütziger Grundlage hinzuwirken. Die **Aufhebung der Zwangswirtschaft würde eine Verteuerung der Miete um mindestens das Dreifache der Friedensmiete bringen**, was heute für die Mehrheit des Volkes untragbar wäre. In **Baden** würde nur ein Viertel der **Gebäudesondersteuer** dem Wohnungsneubau zugeführt, während andere Bundesstaaten hierfür größere Zuschüsse leisten würden. Die diesbezgl. Beschlüsse des Haushaltsausschusses des Landtages hätten im ganzen Lande große Entrüstung hervorgerufen und es wäre Aufgabe der Landtagsabgeordneten als Volksvertreter gewesen, der Wohnungsnot, die eine Volksnot sei, größeres Interesse entgegenzubringen. Vor allem müsse auch die **Landwirtschaft** zur Gebäudesondersteuer herangezogen werden.

Zum Schlusse der öffentlichen Tagung wurden zwei Resolutionen angenommen, in denen von den maßgebenden Stellen des Reiches, der Länder und Gemeinden gefordert wird, sich mit aller Kraft für die Lösung der Wohnungsfrage einzusetzen. Die Wohnungen dürften nicht als Steuerquellen für den allgemeinen Finanzbedarf, sondern nur für die Wohnungswirtschaft verwendet werden. Auch müsse ermöglicht werden, die hergestellten neuen Wohnungen in der Höhe der Mieten der alten Wohnungen zu halten. Ferner wurde die Umwandlung der jetzigen Mietsteuer in eine **Wohnungsabgabe** gefordert, als Ersatz für den Finanzausfall müsse ein Grundsteuergesetz geschaffen und der Mieterschutz auf alle Wohnungsneubauten ausgedehnt werden, die mit Hilfe öffentlicher Mittel erstellt worden sind. Auch müsse das Mietrecht zu einem sozialen Wohnrecht ausgebaut werden. In der zweiten Resolution wird entschieden gegen die Regelung der Aufwertung durch die neue Steuergesetzgebung Einspruch gehoben da die sogenannte Hypothekenaufwertung zu einer weiteren Steigerung der Mieten und damit der allgemeinen Lebenshaltungskosten führe, durch die gerade die Enteigneten, die Rentner und kleinen Sparer empfindlich getroffen würden. Die Regelung der Aufwertungsfrage setze den Hauseigentümer endültig in den Stand, mühelos Gewinne einzuheimsen. Der Vorsitzende Kamm schloß hierauf die öffentliche Versammlung. Nach einer kurzen Mittagspause begann die geschlossene Vertreterversammlung, zu der die Pressevertreter keinen Zutritt hatten.

Die Stellenlosigkeit der älteren Angestellten

Die Stellenlosigkeit der älteren Angestellten, die schon seit Monaten die Arbeitgeber- und Angestelltenkreise beschäftigt, hat leider keine Abschwächung erfahren, sondern stellt nach wie vor die größte Sorge dar, die im Augenblick die beteiligten Kreise beunruhigt.

Der **Gewerkschaftsbund der Angestellten** hat darum diese Angelegenheit in einem Gesetzentwurf an den Reichstag und die sonst noch in Frage kommenden gesetzlichen Körperschaften behandelt, um zu erreichen, daß durch **gesetzliche Maßnahmen** die hier vorliegende Not beseitigt wird. Dieses Vorgehen der Bundesleitung wird von sämtlichen Ortsgruppen des Gaues Baden-Pfalz-Saar aufs wärmste begrüßt und durch nachstehende **Entschließung** unterstützt:

„Die Stellenlosigkeit der Angestellten weist noch immer einen außerordentlich großen Umfang auf. Erschreckend groß ist besonders die Erwerbslosigkeit und Not unter den älteren verheirateten Angestellten, weil die Neueinstellungen zumeist aus den Reihen der jüngeren Angestellten vorgenommen werden. Tausende noch voll arbeitsfähiger Angestellter im Alter von 40 Jahren aufwärts, sehen sich daher ohne jede Hoffnung, in absehbarer Zeit Beschäftigung und Verdienst zu finden. Die Ortsgruppen des Gaues Baden-Pfalz-Saar des G. D. A. halten es für ihre Pflicht, die Aufmerksamkeit der zuständigen Stellen auf diese Tatsache sowie die Notwendigkeit zu lenken, sofort geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Lage der älteren Angestellten erträglicher zu gestalten. Die Ortsgruppen selbst können eine solche erfolgversprechende Maßnahme nur in einer beschleunigten Verabschiedung des den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesleitung unterbreiteten **Gesetzentwurfes zur Unterbringung beschäftigungsloser Angestellter** erblicken, der den Arbeitgebern unter gewissen Voraussetzungen die Verpflichtung auferlegen will, bei der Besetzung offener Stellen die Bewerbungen geeigneter älterer Angestellter zu berücksichtigen. Nur auf diesem Wege dürfte es gelingen, die vorhandene Not zu lindern und ein weiteres Umsichgreifen zu verhindern.

Acherner Pferderennen

Der Rennverein Achern veranstaltete am Sonntag nach einer Unterbrechung von 2 Jahren wiederum ein Pferderennen, das einen Massenbesuch zu verzeichnen hatte, Sportsleute aus ganz Baden, insbesondere von Mannheim, aber auch aus Bayern (München) waren anwesend. Die einzelnen Rennen nahmen einen ausgezeichneten Verlauf. Das erste Rennen wurde bestritten von den Mitgliedern des Seckenheimer und Sandhofener Pferdezuchtvereins, der bekanntlich ein eigenes Gestüt herausgebracht hat. Sieger wurde Lätitia, Besitzer Albrecht Volz-Seckenheim, Sieg 12, Platz 14 und 49.

Zweites Rennen: Flachrennen für dreijährige und ältere Pferde aus Baden und Hessen, sowie der Rheinpfalz, deren Besitzer daselbst wohnhaft sind. Ehrenpreis und 300 Mk. dem Ersten: Rolandseck, Besitzer Christian Kreß-Renchen. Es war ein Überraschungssieg, das siegende Pferd brachte am Totalisator 195 Mk., Platz 12, 15 und 21. Miethe, ein sonst gut bekanntes Pferd, konnte an vierter Stelle nicht plaziert werden. Ebenso ist Bergfink ausgeblieben. An zweiter Stelle Margit von Müller in Iffezheim.

Drittes Rennen: Preis vom Achertal. Flachrennen für Pferde jeden Alters, welche im Besitz von Landwirten oder Gewerbetreibenden aus den Kreisen Offenburgs und Badens sind und zum Betrieb der Landwirtschaft verwendet werden. Vollblutpferde waren ausgeschlossen. Ehrenpreis und 350 Mk. dem Ersten: Sieger: Hans, Besitzer E. Herrenknecht in Allmannsweiler. Totalisator Sieger-Quote: 312. Platz 78, 28. Auch hier war der Sieg eine Überraschung, daher die hohe Quote. An zweiter Stelle stand: Fanni, Besitzer: A. Schnebel in Ichenheim.

Viertes Rennen: Preis von Allerheiligen. Jagdrennen. Ehrenpreis und 1500 Mk. dem Ersten. An der Spitze lief Perle, die auch zweifellos das Rennen gemacht hätte, wenn sie nicht unglücklicherweise nach der vierten Hürde gestürzt wäre. Sieger: Honved, Totalisator Sieg 77, Platz 30, 27. An zweiter Stelle stand Rosenfee.

Fünftes Rennen: Preis vom Mummelsee: Rennen für alle Pferde aus Baden, Hessen und der Rheinpfalz, deren Besitzer hier wohnhaft sind. Den Sieg errang Fanni, Besitzer Wilhelm Müller in Iffezheim. An zweiter Stelle konnte die 10jährige Zauberflöte von Hermann Ettle in Kappelrodeck stehen. Totalisator Sieg 17, Platz 11, 12, 13.

Sechstes Rennen: Preis der Stadt Achern. Ehrenpreis und 1500 Mk. dem Ersten. Für vierjährige und ältere Pferde aller Länder, die seit dem 1. Juni 1924 kein Rennen von über 3000 Mark gewonnen haben. An erster Stelle: Strumen, ein Sohn von Pergolese. Das Publikum hatte damit gerechnet, daß dieses Pferd durch das Ziel ging. Die Quote war auch klein, das Pferd brachte am Totalisator nur 13 Mk., Platz noch einmal 11 Mk. Als zweites Pferd hielt das Ziel Ottokar.

Das siebente Rennen war für Pferde, welche in Achern gestartet, aber keinen Platz geholt haben. Zweifellos hätte in diesem Rennen Perle den Sieg davongetragen; aber Lienhard schritt mit seiner Miethe wieder einmal so unfair gegen die Perle, daß Perle stürzte und Lienhard, der am ganzen Tage Mißerfolg gehabt hatte, schließlich im letzten Rennen den Sieg davontrug. Lienhard war vorher von der Rennleitung gewarnt worden, und das Publikum protestierte heftig gegen seine Reiterart.

Zum sechsjährigen Bestehen des Karlsruher Studentendienst e. V. In diesen Tagen kann der Karlsruher Studentendienst e. V. auf ein sechsjähriges Bestehen zurückblicken. Im Herbst 1918 war unter dem Namen „Studentendienst Karlsruhe" in Anlehnung an den „Deutschen Studentendienst von 1914" eine Organisation geschaffen worden, die eine Reihe von Ämtern zusammenfaßte, durch welche den aus dem Felde zurückkehrenden Studenten ein Studium ermöglicht werden sollte. Am 18. Juli 1918 wurde ihm von dem neugeschaffenen Ausschuß der Karlsruher Studentenschaft die Bearbeitung aller wirtschaftlichen und sozialen Fragen und die Einrichtung und der Betrieb aller das akademische Leben fördernden Institutionen übertragen. Auch Rektor und Senat der Technischen Hochschule und das Badische Ministerium des Kultus und Unterrichts übergaben ihm die Bearbeitung der bisher von ihnen behandelten in dieses Gebiet fallenden Aufgaben. Das verständnisvolle Zusammenarbeiten von Dozenten und Studenten und einer stattlichen Reihe von hervorragenden Vertretern des öffentlichen Lebens ermöglichte trotz der schweren Jahre der Inflation eine gedeihliche Entwicklung des Studentendienstes.

Der Karlsruher Studentendienst übernahm bei seiner Gründung den Wohnungsnachweis und das vom Studenten ins Leben gerufene Lehrmittel- und Arbeitsamt. Er organisierte eine Studentenspeisung, bis im Frühjahr 1921 dank dem Entgegenkommen des badischen Kultusministeriums und der Hochschule im Keller des Aulabaues die Mensa academica eröffnet werden konnte. Neben den verschiedenen Fürsorge-Abteilungen (Einzelfürsorge, Krankenfürsorge, Tuberkulosebekämpfung, Darlehenskasse, Studienstiftung), die die wirtschaftliche Lage des Einzelstudenten zu bessern bestrebt sind, hat die „Studentenspeisung" und das ihr angegliederte Tagesheim mit seinen gesellschaftlichen Veranstaltungen (Vorträge, musikalische Darbietungen, Bibliothek) auch heute den wichtigsten Anteil an der Arbeit des Studentendienstes. Durch solche Einrichtungen wird dem in der Studentenschaft lebenden Willen zur akademischen Gemeinschaft eine Möglichkeit der Entfaltung gegeben. Es ist zu hoffen, daß diesem Gedanken der Gemeinschaft, der dem Studenten durch sein ganzes Leben begleiten wird, ein entsprechender Rahmen gefunden wird.

Aus der Landeshauptstadt

Ausstellung „Der Zahnarzt". Wie bereits bekannt, findet in den Tagen vom 31. Juli bis 8. August in der Aula der Technischen Hochschule Karlsruhe unter obiger Bezeichnung eine Ausstellung für Schulzahnpflege und soziale Hygiene statt. Im Anschluß an die feierliche Eröffnungssitzung hält der 8500 Mitglieder umfassende Reichsverband der Zahnärzte Deutschlands seine diesjährige Tagung ab. In Verbindung damit stehen bis zum 2. August über 30 wissenschaftliche Vorträge erster Kapazitäten, veranstaltet von der Süddeutsch-Schweizerischen Zahnärztevereinigung. — Der Generalsekretär des R. d. Z. D., Dr. Kaldewey-Berlin, erläuterte heute in einer Vorbesprechung im kleinen Handelskammersaal den Zusammenhang von Zahnheilkunde und Medizin. Er betonte, daß die Organisation der Zahnärzte zielbewußt auf eine Vermehrung des Studiums hinarbeiten und schloß: Ausstellung wie Referate sollen die Erkenntnis fördern, von der Wichtigkeit einer rationellen Zahn- und Mundpflege und -behandlung für die Volksgesundheit. Die Verfechtung rein berufsständischer Interessen liege den Veranstaltern fern.

Aus der Stadtratssitzung. Dem Verein Jugendhilfe wurde die Genehmigung zur Entsendung von 130 Kindern für die Dauer von 42 Tagen nach dem Kindererholungsheim Heuberg erteilt. — Der Oberin Retzbach im städtischen Kinderheim wurde aus Anlaß ihres 25jährigen Dienstjubiläums eine Ehrengabe, begleitet von einem Glückwunschschreiben übersandt. — Den Schneider Jakob Rotter Eheleuten hier wurde anläßlich der Feier ihrer goldenen Hochzeit eine Ehrengabe der Stadt, begleitet von einem Glückwunschschreiben übersandt.

Der Karlsruher Sängergau veranstaltete am Sonntag in der Festhalle das 2. Gausängerfest unter Teilnahme von rund 50 hiesigen und auswärtigen Vereinen mit über 3000 Sängern. Im Vormittagskonzert betätigten sich die Gruppen 1, 2 und 3 mit 29 Vereinen und 1570 Sängern. Am Nachmittag folgten Einzelvorträge der Gruppe 4 (11 Vereine, 940 Sänger). Das Ergebnis des Tages waren von der Kritik rückhaltslos anerkannte glänzende Leistungen, die von fleißiger hingebender Arbeit in den Vereinen zeugten. Auffallend gut haben die Landvereine abgeschnitten. Den Höhepunkt der gesanglichen Darbietungen bildete der von Hugo Rahner bearbeitete und dirigierte Gesamtchor mit Soloeinlagen aus den „Meistersingern". Dabei wirkten Kammersänger Reinhold Fritz aus Stuttgart und das Orchester des Landestheaters Karlsruhe mit. Anschließend fand die Ehrung langjähriger Dirigenten und Sänger statt, eingeleitet durch eine lobende und aufmunternde Ansprache des Bundesvorsitzenden Dr. Metzger-Freiburg. Es konnte eine Reihe von Herren mit über 25jähriger Dirigententätigkeit ausgezeichnet werden; einer sogar darf sich rühmen 55 Jahre mit Erfolg den Dirigentenstab zu schwingen. 65 Sänger erhielten das Ehrendiplom für über 40jährige Mitgliedschaft. Zu stürmischen Ovationen kam es für den Leiter des Festes, den um die deutsche Sängersache außerordentlich verdienten und in den weitesten Kreisen bekannten Musikdirektor Hugo Rahner, welchem nebst einem wertvollen Geschenk ein mächtiger Lorbeerkranz und die goldene Sängernadel überreicht wurde. In letzter Stunde erschien — aufs Lebhafteste begrüßt, Oberbürgermeister Dr. Finter, der, selbst Sangesbruder, an die Festteilnehmer begeisterte Worte zum Preise der edlen Gesangeskunst richtete und den Karlsruher Sängergau zu dem ehrenvollen Tage herzlich beglückwünschte. Abends folgte bei großem Andrang ein Stadtgartenfest. Das nächste Gausängerfest wird voraussichtlich in 2 Jahren in Freiburg abgehalten.

Falsche Zweirentenmarkscheine. Wie in Bayern, so ist auch hier in letzter Zeit ein falscher Zwei-Rentenmarkschein aufgetaucht. Diese falschen Scheine erkennt man an folgenden Merkmalen: Der Stoffauflauf ist durch Übertünchung mit rötlicher Farbe nachgeahmt, gewöhnliches minderwertiges Papier, Wasserzeichen kaum erkennbar, schmierige dicke Schrift und bei einiger Aufmerksamkeit von den echten gut zu unterscheiden. Es wird darauf hingewiesen, daß die Deutsche Rentenbank auf die Festnahme der Münzverbrecher eine Belohnung bis zu 1000 Mark ausgesetzt hat.

Das Publikum wird gebeten, mehr Sorgfalt im Verkehr mit Rentenbankscheinen zu verwenden.

Drei gefährliche internationale Taschendiebe konnten hier in der Person eines 48jährigen Kaufmanns aus Gura-Rowka, eines 40jährigen Kaufmanns aus Odessa und eines 27jährigen Hutmachers aus Warschau am Hauptbahnhof festgenommen werden. Es handelt sich um eine schon lang gesuchte Taschendiebbande, die in D-Zügen und Bahnhöfen der Großstädte zahlreiche Taschendiebstähle verübt haben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Verkehrsverein Karlsruhe versendet soeben den Jahresbericht über sein 21. Geschäftsjahr. Der Bericht gibt ein Bild von der umfassenden Tätigkeit des Verkehrsvereins im Dienst der Allgemeinheit. Es gibt kaum ein Gebiet, im Karlsruher Gemeinwesen, auf das der Verkehrsverein mit Verbesserungsvorschlägen nicht irgendwie anregend eingewirkt hätte. Seine vielseitigen Bestrebungen haben die beste Anerkennung in den zahlreichen Anmeldungen zur Mitgliedschaft gefunden.

Wiener Operette im städt. Konzerthaus: Heute Dienstag, 21. Juli kommt die beliebte Volksoperette **„Der fidele Bauer"** zur Darstellung. Morgen, Mittwoch, gelangt der große Ausstattungsschlager „Gräfin Mariza" zur Wiederholung. Für Donnerstag wird eine Neueinstudierung der bekannten Volksoperette „Das Musikantenmädel" vorbereitet. In diesem von Willi Stadler szenisch und Willi Seidel musikalisch geleiteten Werke sind in den Hauptrollen beschäftigt die Damen Vilma von Damario, Inge van Heer a. G., Hermsdorff, Eckhardt und Reiter und die Herren Czap, Schleiffer, Pistorius, Stadler und Walenta. — Um den zahlreichen auswärtigen Besuchern die Möglichkeit zu bieten, rechtzeitig zur Bahn zu kommen, beginnen die **Sonntags**vorstellungen künftig um **7 Uhr.**

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, 8 Uhr morgens. Unter Hochdruckeinfluß von Skandinavien herrschte heute früh in Baden heiteres, wenn auch schwüles Wetter. Gestern erreichten die Nachmittagstemperaturen in der Ebene 28 Grad. Hauptsächlich im Gebirge kam es zu Gewittern, mit teilweise kräftigen Niederschlägen. (17 Liter pro Quadratmeter Hagelfall). Über ganz Europa ist der Druck im Steigen begriffen. Das meist heitere sehr warme Wetter mit Gewitterneigung wird anhalten. Voraussichtliche Witterung für 22. Juli: meist heiter, sehr warm, Wärmegewitter, namentlich im Gebirge, schwache, meist östliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Freiburg i. Br.**, 19. Juli. Der **Verein ehemaliger 76er,** bestehend aus ehemaligen Angehörigen des 5. Bad. Feldartillerieregiments Nr. 76 und der ihm während des Krieges angeschlossenen Formationen beging am Sonntag seinen 2. Regimentstag. In Verbindung hiermit fand auch die feierliche Grundsteinlegung für ein binnen Jahresfrist zu erstellendes Heldendenkmal zu Ehren der gefallenen Kameraden auf dem Kanonenplatz statt. Das zu erstellende Denkmal wird nach einem Entwurf des Freiburger Architekten Bopp ausgeführt werden und einen Greif mit ausgebreiteten Flügeln darstellen, als Sinnbild des Schutzes der unter ihm liegenden Stadt.

DZ. **Konstanz,** 17. Juli. Der gestern tagende **Bürgerausschuß** nahm in einer Entschließung, welche an die zuständigen Stellen geleitet werden soll, Stellung gegen den vollständig unzulänglichen Finanzausgleich, durch den besonders auch die Stadt Konstanz hart betroffen würde. Weiter wurde mit allen gegen vier Stimmen die Einführung der Wertzuwachssteuer in Höhe von 10 auf 60 % des Wertzuwachses angenommen. Man erwartet aus der Steuer einen Ertrag von 120 000 Mark im Jahre.

DZ. **Offenburg,** 19. Juli. Die **Lithographen und Steindrukker** traten vor einigen Tagen bei drei hiesigen Firmen in **Streik.** Als Gegenmaßnahme wurde den Streikenden ihre fristlose Entlassung mitgeteilt.

DZ. **Offenburg,** 16. Juli. Am Sonntag fand hier eine **Landestagung der Bergwacht** des Schwarzwaldes statt. Die Verhandlungen, an die sich eine rege Aussprache der Bergwachtleute aus Freiburg, Offenburg, Karlsruhe und Haslach anschloß, wurden geleitet vom Universitätsprofessor **Dr. Hausrath** in Freiburg. Der Verhandlungsleiter machte die erfreuliche Mitteilung, daß im kommenden **Winter** im Feld-Feldberggebiet im Benehmen mit der Sanitätskolonne in Freiburg durch Bergwachtleute ein ständiger Rettungsdienst eingerichtet wird. Wegen des **Pflanzenschutzes** soll in nachdrücklichster Weise auf eine einheitliche Regelung hingewirkt werden, weil bisher die Vorschriften von Bezirk zu Bezirk wechseln. An den Verhandlungen nahm auch Herr Förster aus München teil, der über die vorbildliche Arbeit der Bergwacht München im Gebirge berichtete. An großen Verkehrstagen werden zur Aufrechterhaltung der Ordnung von der Reichsbahndirektion München Bergwachtleute angefordert, die auch bereitwilligst gestellt werden. Die Vorstandsämter wurden nicht an einzelne Personen, sondern an Ortsgruppen überwiesen, die sie dann an die einzelnen Personen verteilen. Der erste und zweite Vorsitzende, der Schriftführer, der Kassierer und der Sachwart werden von Freiburg, vier Beisitzer von Karlsruhe, Offenburg, Haslach und Lörrach gestellt. Leider mußte in der Versammlung gesagt werden, daß von verschiedenen Gemeinden die Bergwacht, die doch in ihrem Interesse liegt, weder finanziell noch sonst wie unterstützt werde.

DZ. **Donaueschingen,** 14. Juli. Die Angehörigen des früheren 3. Bataillons vom **Infanterie-Regiment Nr. 170,** welches Donaueschingen in Friedenszeiten als Garnison hatte, veranstalteten am letzten Sonntag ihren **Regimentstag** und verbanden damit gleichzeitig die feierliche Einweihung des zu Ehren von 994 Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, welche den Heldentod fürs Vaterland starben, errichteten Ehrenmals.

DZ. **Vom Bodensee,** 14. Juli. Mit Einführung eines **neuen Bodensee-Personentarifs** auf 15. Juli wird einem schon längst gehegten Wunsch auf Ermöglichung des Übergangs mit Bahnfahrkarten 4. Klasse auf das Schiff gegen Zulösung von Ergänzungskarten auf der Strecke Friedrichshafen—Lindau-Bregenz, Rechnung getragen. Gleichzeitig wird entsprechend dem Vorgang im Bahnverkehr eine Ermäßigung für gemeinschaftliche Reisen größerer Gesellschaften von mindestens 30 Personen und ein Tarif für den Rundreiseverkehr auf dem Bodensee zu ermäßigten Sätzen eingeführt. Die Einheitssätze für 1 km entsprechen künftig wieder den Friedenssätzen.

DZ. **Hornberg,** 20. Juli. Am Samstag fand hier die feierliche **Eröffnung** der anläßlich des 50 jährigen Gründungsjubiläums des Gewerbevereins Hornberg von diesem veranstalteten **Schwarzwälder Gewerbe- und Industrieausstellung** statt. Bei der Feier waren vertreten die Badische Regierung durch Oberregierungsrat Dr. Stehberger-Karlsruhe, die Behörden des Landeskommissariatsbezirkes Freiburg, zu dem Hornberg jetzt gehört, durch Landeskommissär, Geh. Oberregierungsrat Dr. Schneider, die Schwarzwälder Handelskammer in Villingen durch ihren Präsidenten Junghans-Villingen, die Handwerkskammer Freiburg durch deren Syndikus Eckert-Freiburg usw. Zahlreich vertreten waren auch die benachbarten Gemeinden. Der Präsident der Ausstellung, Bürgermeister Kaufmann-Hornberg, übergab mit seiner kurzen Ansprache die Ausstellung der Öffentlichkeit, Oberregierungsrat Dr. Stehberger überbrachte die Glückwünsche der Badischen Regierung mit dem Hinweis, daß die Ausstellung bekunden wolle den festen Willen zur Mitarbeit an dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Das Jubiläum des **Hornberger Gewerbevereins** wurde am Samstag abend mit einem besonderen Festakt begangen, bei welcher Gelegenheit der Gewerbeverein eine Anzahl treubewährter Arbeiter ehrte.

Staatsanzeiger

Nr. 64 106. **Verzugszuschläge für Grund- und Gewerbesteuer.**
Norm. XXVI² VI².

An die Gemeinden und Kreise und deren Aufsichtsbehörden:

Das in der Bekanntgabe vom 15. Mai 1925 Nr. 38 277 (Staatsanzeiger Nr. 114 vom 18. Mai 1925) erwähnte Gesetz vom 6. Mai 1925 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 127) trat nach seinem Artikel II erst mit Wirkung vom 1. Mai 1925 in Kraft, so daß bei der Grund- und Gewerbesteuer der Gemeinden und Kreise für den Monat April 1925 Verzugszuschläge nicht erhoben werden können. Für den Monat April 1925 können gegebenenfalls nur die in der Betreibungsordnung vorgesehenen Mahn- oder Versäumnisgebühren erhoben werden.

Karlsruhe, den 15. Juli 1925.

Der Minister des Innern
J.-V. Leers

Dem Gewerbe- und Kunstgewerbeverein Lörrach wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Sachlotterie erteilt.

Karlsruhe, den 14. Juli 1925.

Der Minister des Innern
J. V.: Leers

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Ernannt:

Justizpraktikant Wilhelm **Lackner** beim Amtsgericht Mannheim zum Justizobersekretär, und Kanzleigehilfe Martin **Scheurich** bei der Fürsorgeerziehungsanstalt Sinsheim a. E. zum Kanzleiassistenten.

Versetzt:

Die Justizobersekretäre Karl **Braunstein** beim Amtsgericht Pforzheim und Oskar **Koch** beim Amtsgericht Heidelberg zum Amtsgericht Buchen, Georg **Birkle** beim Landgericht Karlsruhe zum Amtsgericht Pforzheim, Karl **Kuhn** beim Amtsgericht Karlsruhe zum Landgericht daselbst, Justizsekretär Wilhelm **Hertweck** beim Landgericht Karlsruhe zum Amtsgericht daselbst, Kanzleisekretär Christian **Maag** beim Notariat Offenburg zum Amtsgericht Wolfach sowie die Kanzleiassistenten August **Reith** beim Landgericht Karlsruhe zum Amtsgericht daselbst und Alfons **Weindel** beim Notariat Villingen zum Amtsgericht Wolfach.

Gestorben:

Notar Wilhelm **Lange** in Freiburg.

Geschäftliches

Eisenacher Geldlotterie. Auf die Veröffentlichung der Gewinnliste der Lotterie zum Besten des Thüringischen Museums sei besonders hingewiesen.

Fels-Pilsener ist hergestellt aus edelsten Rohstoffen
E.561

Wiener Operette im städtischen Konzerthaus
Morgen Mittwoch, 22. Juli, abends 7¾ Uhr
Der große Ausstattungsschlager
Gräfin Mariza
von Emmerich Kalman
Billetts von M. 1.50—5.30 bei **F. Müller,** Kaiserstr., **Zigarren-Brunnert,** Kaiserallee, **Holzschuh,** Werderstraße 48, und an der Tageskasse. E.548
Donnerstag: Das Musikantenmädel

Bekanntmachung.

Die Stelle eines

Berufsbürgermeisters

für die **Amtsstadt Buchen** ist neu zu besetzen.

Geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche unter Anschluß von Zeugnissen und unter Angabe der Gehaltsansprüche bis spätestens **10. August ds. Js.** an den Gemeinderat einreichen. E.568.2.1

Buchen, den 10. Juli 1925.

Der Gemeinderat:
J. V.: Eiermann.

Angestellter gesucht.

Bei der **Bezirksfürsorgestelle Sinsheim a. d. Elsenz** ist die Stelle eines **Angestellten sofort** zu besetzen. **Tätigkeit:** insbesondere Minderjährigenfürsorge nach der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht und nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz. **Anstellungsbedingungen** nach dem Reichstarif für Angestellte. Bei Bewährung Vorrückungsmöglichkeit.

Bewerbungen von Personen, die nach Vorbildung und bisheriger Tätigkeit in Betracht kommen, wollen längstens bis 1. August 1925 hierher eingereicht werden. **Beizufügen:** kurz gefaßter Lebenslauf mit Ausbildungsgang, Nachweis über bisherige Tätigkeit mit Zeugnisabschriften.

Bewerber, die schon in dem Fürsorgewesen nach dem neuen Recht tätig gewesen sind, erhalten den Vorzug.

Sinsheim, 14. Juli 1925.

Bezirksfürsorgestelle. B250

Fabrikgebäude
in Baden-Baden, Nähe des Bahnhofs gelegen, mit 5000 qm großem Terrain, zu jeder Fabrikation — auch als Lagerraum geeignet —, große trockene Keller und elektrische Kraftanlage vorhanden
zu vermieten.
Evtl. Beteiligung des Eigentümers an industrieellem Unternehmen nicht ausgeschlossen. 4—5-Zimmerwohnung kann eingerichtet werden. E.583
Anfrage unter **F. B. 4062** an die **Expedition von Rudolf Mosse (Buchhandlung Wild) Baden-Baden** erbeten.

Ziehungsliste der Eisenacher Geldlotterie zum Besten des Thüringischen Museums, Eisenach, II. Gruppe, 5. Reihe.

Nr. 55788 Mk. 500.—.

Folgende Nummern wurden mit je Mk. 3.— gezogen:

Nr. 9007, 9126, 9219, 9365, 9377, 9431, 9441, 9456, 26055, 26097, 26132, 26222, 26258, 27515, 27517, 27653, 27980, 55524, 55621, 55700, 55706, 55713, 55746, 55787, 72010, 72039, 72057, 72069, 72172, 72568, 72571, 72700, 72837. E.582

Straßensperre.

In Abänderung und Ergänzung unserer Verfügung vom 3. Juli 1925 wird der Verkehr mit Fuhrwerken aller Art auf nachstehender Straßenstrecke des Amtsbezirks Karlsruhe während der beigesetzten Zeit gesperrt: B293

Landstraße Nr. 1, Frankfurt-Basel, Km. 20,760 bis 21,661, d. i. von Wolfartsweier gegen Ettlingen, in der Zeit vom 16. bis 27. Juli 1925.

Zuwiderhandlungen werden gemäß § 366¹⁰ R.St.-G.B. mit Geld oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 17. Juli 1925. O.Z. 103

Bezirksamt Abt. IIa.

Bei der nächsten Wahl wählen Sie
im Einkauf von Seifenflocken
EDELWEISS
und Sie haben dann richtig gewählt
Geeignet für alle Wäsche bis zum feinsten Gewebe (für Wolle und Seide ganz besonders zu empfehlen) — **Billig und von höchster Waschkraft! Erst probieren u. dann urteilen!**
Paketpreis nur 35 Pfennig
In allen einschlägigen Ladengeschäften zu haben E.557
Wilhelm Russmann, Seifenfabrik
Telephon 1255 **Pforzheim (Baden)** Telephon 1255

Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie
Herausgegeben und eingeleitet von
Professor Karl Diehl und **Professor Paul Mombert**
Band XII:
Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus. II. Abteilung: Programme und programmatische Kundgebungen

Verlag G. Braun, Karlsruhe, Karlfriedrichstraße 14.

B.275. **Bruchsal.** Über die Firma **Bad. Apparatebauanstalt Inhaber Gustav Bader** in Bruchsal wurde auf deren Antrag die Geschäftsaufsicht angeordnet (§ 1 d. Bekanntmachung über die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses).

Zur Geschäftsaufsichtsperson wurde Fabrikant Ottmar Fischel in Karlsruhe, Kaiserallee 24 bestellt.

Bruchsal, 17. Juli 1925.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

B.276. **Tauberbischofsheim.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Hermann Haas** in Tauberbischofsheim und des Landwirts **Viktor Seubert** in Dittigheim ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf:

Montag, den 10. August vormittags 11½ Uhr.

Tauberbischofsheim, den 10. Juli 1925.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Der Umbau der Eisenbahnbrücken bei Km. 4,147 unterhalb der Haltestelle Jägerhaus, Km. 4,596 oberhalb davon, Km. 5,837 Station Schlierbach, sowie Km. 7,86 zwischen Hoffenheim und Sinsheim sind zusammen oder getrennt öffentlich zu vergeben. Bedingnisheft mit Zeichnungen und Arbeitsbeschrieben liegen bei mir zur Einsicht auf. Abgabe der Angebotsvordrucke gegen Erstattung der Selbstkosten. Kein Versand nach auswärts. Angebote verschlossen, postfrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis längstens **Montag, den 3. August, vormittags 10 Uhr,** bei mir einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. B.266

Heidelberg, 15. Juli 1925.

Deutsche Reichsbahn-Gesellsch. Vorstand der Bahnbauinspektion I.

Güterrechtsregister.

Mannheim. B.294

Zum Güterrechtsregister Band XV wurde am 9. Juli 1925 eingetragen:

Zu O.-Z. 341: Erich Gustav Heinr. **Zimmermann,** Versicherungsinspektor, Mannheim, und Wilhelmine Christine geb. Kolb daselbst. Vertrag vom 2. Juli 1925. Gütertrennung.

Am 13. Juli 1925 zu O.-Z. 342: Hermann **Tausig,** Kaufmann, Mannheim, u. Franziska geb. Sondheim daselbst. Vertrag vom 29. Juni 1925. Gütertrennung.

Zu O.-Z. 343: Georg **Schork,** Werkzeughärter, Mannheim-Neckarau, und Johanna geb. Görgens daselbst. Vertrag vom 3. Juli 1925. Gütertrennung.

Zu O.-Z. 344: Franz **Gerber,** Zuschneider, Mannheim-Neckarau, und Else geb. Bauer daselbst. Vertrag vom 2. Juli 1925. Gütertrennung.

Zu O.-Z. 345: Viktor **Scholtissek,** Kaufmann, Mannheim, und Gertrude geb. Knobel daselbst. Vertrag vom 8. Juli 1925. Gütertrennung.

Zu O.-Z. 346: Friedrich Leopold **Albiez,** Kaufmann, Mannheim, und Anna Maria geb. Groll daselbst. Vertrag vom 3. April 1925. Gütertrennung.

Badisches Amtsgericht.

Druck G. Braun, Karlsruhe.